



Datum: 15.01.2025

Autor: Magdalena Martullo-blocher

## Berner Politik

# Ein langweiliges politisches Jahr?

**Magdalena Martullo-Blocher\***  
zu den Herausforderungen 2025



**K**urz vor Weihnachten gab es in Bern einen politischen «Trommelschlag»: Der Abschluss der Verhandlungen des EU-Unterwerfungsvertrags wurde mitgeteilt. Bundespräsidentin Amherd und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen präsentierten sich den Medien. Aber nicht etwa mit praktischen Auskünften zu den über 30 Schweizer Gesetzen, welche nun angepasst werden müssen. Auch nicht zu den 150 verbindlichen EU-Richtlinien, die wir übernehmen müssen. Und erst recht nicht zu zukünftigen EU-Erlassen, die wir später laufend übernehmen müssen. Nein, die beiden Präsidentinnen wichen stattdessen bevorzugt auf die Symbolpolitik aus. Eine gemeinsame Umarmung und ein gemeinsames Foto standen im Mittelpunkt. Sie sollen der verunsicherten Bevölkerung in der Schweiz und in der EU signalisieren, dass die Welt durchaus in Ordnung und die Zukunft rosig sei.

Beide Präsidentinnen stehen nämlich innenpolitisch unter Druck. Die EU leidet unter

hohen Kosten, einer unsicheren Energieversorgung, Zuwanderungs-Terrorismus und einer massiven Verschuldung. Arbeitsplätze werden abgebaut und Strafzölle verhängt. Mit Ausnahme von Italien haben unsere Nachbarländer keine demokratisch gewählten Regierungen mehr. In der Schweiz ist das Unbehagen zur Anbindung an die EU gross und im Militärdepartement herrscht Führungsnotstand und Chaos. Der Bevölkerung wird dagegen eine heile Welt vorgegaukelt. Und es wirkt: Medien und Politiker sagten ein ruhiges, ja fast langweiliges Jahr voraus. Aber: Schon geht es um mögliche Rücktritte und Neuwahlen im Bundesrat. Derweil hält Donald Trump hartnäckig am Wahlversprechen «schneller Friede in Europa» fest. Deutschland geht in Neuwahlen. Langweilig? Kaum!

Das Vertragspaket mit der EU wird uns beschäftigen. Die Vernehmlassung soll im Sommer mit 1500 Seiten Bundestext beginnen. Die Botschaft muss in drei Monaten beurteilt werden. Was wir mit Sicherheit wissen: Der neue Rahmenvertrag ist das Gleiche, das bereits 2019 abgelehnt wurde. Nach wie vor ist vorgesehen, dass wir die EU-Bürokratie blind übernehmen. Wenn wir dies nicht tun und nachteilige Gesetze der EU ablehnen, kann die EU Strafmassnahmen gegen uns verhängen. Fremde Richter des Europäischen Gerichtshofs entscheiden. Die Zuwanderung

wird zunehmen. Die «Schutzklausel» als angepriesene Wunderlösung haben wir bereits so mit der EU, konnten sie aber nie umsetzen. Wie auch? Dafür müssten «schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Probleme» nachgewiesen werden, wie sie in der wohlhabenden Schweiz hoffentlich nie eintreffen werden! Dafür soll die Schweiz noch Milliarden zahlen!

Dabei sind die Bundesfinanzen bereits überstrapaziert. Es braucht Reformen, um die ausufernden Ausgaben zu begrenzen. Die Finanzierung der 13. AHV-Rente, die ab 2026 ausbezahlt werden soll, ist alles andere als sichergestellt. Steuererhöhungen stehen zur Diskussion. Um Steuern wird es auch bei der wichtigsten Volksabstimmung in diesem Jahr gehen: Wir werden über die Abschaffung des Eigenmietwerts entscheiden. Damit Kantone mit vielen Zweitwohnungen – wie Graubünden – keine hohen Steuerausfälle haben, soll eine neue Steuer auf Zweitliegenschaften eingeführt werden. Lehnt das Stimmvolk diese ab, ändert sich nichts.

Wir sehen also: Die politischen Herausforderungen bleiben zahlreich. Je eher wir sie anpacken, umso besser.

\* Magdalena Martullo-Blocher ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.